



Netz gegen Rassismus,
für gleiche Rechte

Erklärung „Respekt für Grundwerte im Wahlkampf“

Respekt und Vielfalt gehören zu den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft. Das Grundgesetz garantiert die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen, unabhängig von Hautfarbe und Herkunft sowie das Verbot von Benachteiligungen. Diese Werte gelten zu jedem Zeitpunkt – auch in Wahlkampfzeiten. Rassismus und rechtsextremistische Gewalt dagegen sind Angriffe auf die demokratische Grundordnung; sie sind eine Bedrohung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Mordserie und die Anschläge der rechtsextremen Terrorgruppe „NSU“ weisen auf deutliche Versäumnisse bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt hin. Die Taten müssen aufgeklärt und strafrechtlich geahndet werden. Die Rolle der sogenannten V-Leute ist auch Gegenstand des Bundestagsuntersuchungsausschusses. Ausgehend von seinen Ergebnissen müssen Konsequenzen bei den Verfassungsschutz- und Strafverfolgungsbehörden gezogen werden. Nicht zuletzt müssen die Opfer und Angehörigen rechtsextremer Mord- und Gewalttaten unterstützt werden.

Rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen sind in der gesamten Bevölkerung verbreitet. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen nach, dass die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. rassistische Orientierungen auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien knüpfen an diesen Einstellungen an und schüren immer wieder Vorurteile und Vorbehalte gegen Minderheiten wie Muslime, Sinti und Roma, Juden, Schwarze, Flüchtlinge und Zuwanderer.

Auch in Wahlkampfzeiten gilt: Zur Bewältigung ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ist eine sachliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung über die besten Wege erforderlich und nicht eine Debatte, in der Sündenböcke gesucht werden und die auf dem Rücken von Minderheiten geführt wird.

Die Unterzeichner der Erklärung verurteilen alle Versuche, durch verkürzte Forderungen oder mit Pauschalzuschreibungen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie von rechtsextremen Parteien oder von Kandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien ausgehen.

Die Unterzeichner setzen sich für ein gleichberechtigtes Miteinander und für die Gleichbehandlung ein – unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, sozialer und ethnischer Herkunft, sexueller Identität oder einer Behinderung. Die Unterzeichner achten und fördern in ihrem politischen und gesellschaftlichen Handeln die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte. Sie fordern eine gestaltende Politik, die mit den Herausforderungen von Einwanderung konstruktiv umgeht und den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft fördert.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner:
(Stand: 17. Juni 2013)

Aktion Courage e.V.	Sanem Kleff (Vorsitzende)
Arbeiterwohlfahrt - Bundesverband	Wilhelm Schmidt (Präsident)
Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-N-RW e.V.	Derya Gür-Şeker (Vorsitzende)
Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V.	Vera Egenberger (Geschäftsführerin)
Deutscher Gewerkschaftsbund	Michael Sommer (Vorsitzender)
Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.	Uwe-Karsten Heye (Vorsitzender)
Humanistische Union e.V.	Prof. Dr. Rosemarie Will (Bundesvorsitzende)
IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.	Uwe Erbel (Geschäftsführer)
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V.	Thilo Scholle (Vorsitzender)
Institut für Rassismus- und Migrationsforschung	Andreas Hieronymus (Geschäftsführer)
Interkultureller Rat in Deutschland	Dr. Jürgen Miksch (Vorsitzender)
Internationale Liga für Menschenrechte	Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin (Präsidentin)
Muslimische Jugend in Deutschland	Der Vorstand
NAVEND Zentrum für Kurdische Studien e.V.	Metin Incesu (Vorsitzender)
Öffentlichkeit gegen Gewalt	Der Vorstand
PRO ASYL	Andreas Lipsch (Vorsitzender)
RAA Brandenburg	Alfred Roos (Geschäftsführer)
Türkische Gemeinde in Deutschland	Kenan Kolat (Bundesvorsitzender)
Verband binationaler Familien und Partnerschaften	Hiltrud Stöcker-Zafari (Geschäftsführerin)
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma	Romani Rose (Vorsitzender)
Zentralrat der Juden in Deutschland	Dr. Dieter Graumann (Präsident)
Zentralrat der Muslime in Deutschland	Aiman A. Mazyek (Vorsitzender)